

	<b>Motto</b>	<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>Asyl &amp; Migration</b>	<b>Außenpolitik &amp; Erweiterung</b>	<b>Bildung</b>
<b>CDU</b>	<i>Gemeinsam erfolgreich in Europa</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unabhängiger Normenkontrollrat</li> <li>- Schaffung einer europ. Privatgesellschaft (Europa GmbH)</li> <li>- Arbeitsfreizügigkeit in Europa</li> <li>- Bessere Vermittlung von Arbeitskräften-, und plätzen in Europa</li> <li>- Bessere Sprachenvermittlung und leichtere Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutz pol. Verfolgte</li> <li>- Gemeinsames europ. Asylsystem</li> <li>- Festhalten am Dublin-Verfahren</li> <li>- Einheitliches Schutzniveau und solidarische Lastenverteilung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- FRONTEX weiter stärken</li> <li>- Gutes nachbarschaftl. Verhältnis zu Russland</li> <li>- Engere Zusammenarbeit mit Schwellenländern, gute Beziehungen mit China</li> <li>- UN handlungsfähiger und stärker machen</li> <li>- Intensive Bemühungen für die Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte</li> <li>- Festigung EU hat Vorrang vor Erweiterung</li> <li>- Laufende Beitrittsverhandlungen fortsetzen</li> <li>- Keine Vollmitgliedschaft der Türkei</li> <li>- Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu einer gemeinsamen Verteidigung der EU ausbauen – Konzept der Anlehnungspartnerschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsfreiheit auf europ. Ebene</li> <li>- Auslandsaufenthalte stärken</li> <li>- Keine Ausweitung der Gemeinschaftskompetenzen im Bildungsbereich</li> <li>- Mehr gemeinsame Studiengänge in Europa</li> <li>- Gütesiegel für besonders gute Bildungseinrichtungen</li> </ul>
<b>SPD</b>	<i>Europa eine neue Richtung geben</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Muss Priorität sein: Verringerung Jugendarbeitslosigkeit in nächsten 5 Jahren um min. 30%</li> <li>- Jugendgarantie: Jeder Jugendliche unter 25 Jahre soll binnen 4 Monate hochwertiges Jobangebot bekommen</li> <li>- Qualitätsrahmen für Praktika</li> <li>- Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping</li> <li>- Sicherung Arbeitnehmerfreizügigkeit</li> <li>- Europaweite Mindestlöhne</li> <li>- Mehr soziale Grundrechte &amp; Mitbestimmung in Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekämpfung Fluchtursachen</li> <li>- Keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz an EU-Außengrenzen: Verbesserte Seenotrettung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkeres Nutzen des Instruments der Verstärkten Zusammenarbeit zwischen ausgewählten Mitgliedsländern</li> <li>- Aktive Friedensmacht</li> <li>- Förderung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte</li> <li>- zivile Mittel der Krisenprävention</li> <li>- Aufbau europäischer Armee</li> <li>- weitere Annäherung an Türkei, Balkan, Ukraine, aber auch Russland.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf lange Sicht Festlegen gemeinsamer europäischer Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben</li> <li>- Förderung von europäischer Kultur- und Kreativwirtschaft</li> <li>- Export duales Ausbildungssystem</li> <li>- Stärkung europäischer Jugendarbeit</li> </ul>
<b>GRÜNE</b>	<i>Mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung &amp; Sicherung Arbeitsplätze durch Umbau zu erneuerbaren Energien</li> <li>- Stärkere Förderung kleiner, mittelständischer Unternehmen auch durch Abbau Bürokratie</li> <li>- Soziale Fortschrittsklausel im EU-Recht für Festigung Streikrecht und Tarifverträge</li> <li>- Ausbau der EU-Beratungsstellen zur Information über erworbene Ansprüche in Bezug auf Gesundheit, Altersversorgung, Erwerbslosigkeit, und Familienleistungen</li> <li>- für eine europäische Rahmenrichtlinie zur Grundsicherung</li> <li>- für eine stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Legale und dauerhafte Einwanderung nicht nur für Hochqualifizierte</li> <li>- Keine Abschottung an Europas Grenzen, sondern einheitlicher Schutz für Flüchtlinge, gemeinsame und faire Standards bei Asylverfahren, keine zentrale Speicherung von Fingerabdrücken (Eurodac)</li> <li>- Schaffung von humanitären Visummöglichkeiten</li> <li>- Abschaffung Dublin-III, Asylbeantragung soll dort möglich sein, wo Anknüpfungspunkte (bspw. familiärer Art) gegeben sind</li> <li>- Vernetzung von Kommunen in EU, die stark von Migration betroffen sind.</li> <li>- rechtlichen Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beitrittsperspektive für alle Länder des Balkans sowie Ukraine bei Fortschritten bzgl. Reformen</li> <li>- Faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unter Beachtung rechtsstaatlicher Fortschritte</li> <li>- Anreize für demokratische Reformen über großzügige finanzielle Hilfen, Erleichterungen bei Visavergabe, Marktzugang und Arbeitsmigration in der Nachbarschaftspolitik v.a. bzgl. des Mittelmeerraums</li> <li>- Aufhebung der Visumpflicht für die Länder der Östlichen Partnerschaft und Russland</li> <li>- Einhalten des 0,7-Prozent-Ziels in der Entwicklungsfinanzierung</li> <li>- Mittelfristige Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken</li> <li>- Langfristig gemeinsamer Sitz der EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen</li> <li>- Reduktion von Waffenexporten weltweit</li> <li>- Koordination der nationalen Streitkräfte innerhalb der EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkere Förderung Forschung zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen: Min. 3,5% BIP</li> <li>- angemessene finanzielle Ausstattung für Jugendaustauschprogramme durch einen Jugendfonds als Teil des EU-Haushalts</li> <li>- europäische Austauschprogramme sollten auf andere Altersgruppen ausgeweitet werden</li> </ul>
<b>FDP</b>	<i>Das braucht Europa!</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freizügigkeit der Arbeitnehmer erleichtern</li> <li>- Umfassende Anerkennung von</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer fördern</li> <li>- Keine Schranken für zuwanderungswillige</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Europa muss geschlossen in Außen- und Sicherheitspolitischen Fragen auftreten</li> <li>- Europas als Friedensmacht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Etablierung einer dualen Berufsausbildung</li> <li>- Besser Vernetzung von Standorten</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsabschlüssen, sowie im Ausland erbrachte Teilleistungen</li> <li>- Stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte im Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen</li> <li>- Durchführung struktureller Arbeitsmarktreformen</li> <li>- EU muss Zugang von Schul- und Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt erleichtern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie deren Angehörigen</li> <li>- Verbesserung der Verhältnisse für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in deren Herkunftsländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weg der Erweiterung der EU konsequent fortsetzen</li> <li>- Es darf keine „Rabatte“ mehr bei den Aufnahmekriterien geben</li> <li>- Der oder die Hohe Beauftragte soll Europäische Außenpolitik koordinieren</li> <li>- Bekenntnis zur NATO und Forderung des Ausbaus</li> <li>- Rüstungsentwicklung- und Beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen koordinieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäischer Spitzenforschung</li> <li>- Englisch als zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik</li> <li>- Verstärkte Förderung von Austauschprogrammen</li> <li>- Einführung einer fünften Grundfreiheit: des Wissens</li> <li>- Stärkere Vernetzung der Hochschulen im Bologna-Raum</li> </ul>
<b>LINKE</b>	<i>Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- soziale Fortschrittsklausel in EU-Verträgen, die sozialen Grundrechten sowie erreichten Standards wie EU-Tarifautonomie Vorrang gibt vor Marktfreiheit</li> <li>- Mindestregelungen für europäisches Tarif- und Sozialsystem sowie Möglichkeit grenzüberschreitender Tarifverträge</li> <li>- Beteiligung Firmen an gesellschaftlichen Kosten von Betriebsschließungen</li> <li>- mehr Mitbestimmung in Betrieben</li> <li>- Rahmen des Grundsatzes der „Guten Arbeit“ für öffentliche Aufträge, der an soziale Gesichtspunkte bindet</li> <li>- Garantie von Freizügigkeit und Reisefreiheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- rechtliche politische &amp; soziale Gleichstellung aller Migrant/-innen, gegen Arbeitsverbote und für faire Arbeitsbedingungen</li> <li>- Für eine EU-Vorgabe zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit in Höhe von min. 60% des Durchschnittseinkommens vor Ort</li> <li>- gegen Erhöhung des Renteneintrittalters</li> <li>- Garantie des Grundrechts auf Asyl</li> <li>- - unbedingtes Bleiberecht und menschenwürdige Unterkünfte, soziale Absicherung und gleiche Rechte</li> <li>- freie Wahl des Zufluchtlandes</li> <li>- Auflösung von Frontex</li> <li>- Behebung fluchtverursachender Faktoren in den Herkunftsländern</li> <li>- keine Kriminalisierung und Inhaftierung von Asylsuchenden</li> <li>- Visa-Liberalisierungen bis hin zur Abschaffung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abbau Militär- und Rüstungsausgaben, perspektivisch auf null, keine weiteren Rüstungsexporte</li> <li>- zivile, friedliche Politik innerhalb und außerhalb Europas, gegen Kampfeinsätze und Militärmissionen oder –ausbildungen</li> <li>- Gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst</li> <li>- Beendigung der EU-NATO-Partnerschaft, stattdessen kollektives Sicherheitssystem unter Einbezug Russlands</li> <li>- Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa</li> <li>- Erleichterte Erweiterungsrounden</li> <li>- Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik mit Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens auf Armutsbekämpfung</li> <li>- Förderung der Entwicklung der Partnerländer im globalen Süden durch Handelsabkommen und Zugeständnis von Schutzmaßnahmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gegen Privatisierung im Bildungsbereich</li> <li>- Abschaffung des Bologna-Systems, dagegen selbstbestimmtes, interdisziplinäres Studieren</li> <li>- Abschaffung von Studiengebühren</li> <li>- Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten</li> <li>- Ausbau finanzieller Förderung für Auslandsaufenthalte</li> <li>- Offener Zugang zu Informationen in der Wissenschaft (Open-Access)</li> <li>- Finanzielle Stärkung europaweiter Programme gegen Rassismus</li> </ul>
<b>PIRATEN</b>	<i>Demokratie-Upgrade für das Europa von heute</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Langfristiges Ziel in europaweitem bedingungslosem Grundeinkommen, in der Zwischenzeit Ziel in europaweiten Mindestlöhnen</li> <li>- Arbeit im EU-Ausland soll für alle ohne bürokratische Hürden möglich sein</li> <li>- Vereinheitlichung der sozialen Standards in der EU</li> <li>- Garantie des Rechts auf Gewerkschaftsvertretung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Alle Mitgliedstaaten der EU sollen Menschen auf der Flucht aufnehmen und einander dabei unterstützen.</li> <li>- Möglichkeit zur sicheren Einreise und zum Wahrnehmen des Rechts auf Asyl</li> <li>- Gegen Mauern, Kriegswaffen und Überwachung an den Grenzen</li> <li>- Ausweitung der Asylgründe (Klima- und Umweltkatastrophen, sexuelle Identität)</li> <li>- Abschaffung von Frontex</li> <li>- Ablehnung der Drittstaatenregelung nach „Dublin II“-Verordnung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Langfristig sehen wir die Chance, dass Europa als ein demokratischer europäischer Bundesstaat mit eigener Verfassung gestaltet wird, die in einem direktdemokratischen Prozess entworfen und in Referenden der Mitgliedsländer angenommen wird</li> <li>- Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungskonvent)</li> <li>- höhere Transparenz-Standards bei der Genehmigung des Exportes von Rüstungsgütern, langfristig Exportverbot für Länder außerhalb der EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- In Jugendarbeit besonderer Fokus auf int. Projekte &amp; europäischen Jugendaustausch; daneben auch Förderung von Initiativen, die von Jugendlichen selbst gestartet werden</li> <li>- Ausbau von ERASMUS, Öffnung v.a. auch für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln</li> <li>- Wissen, das der Staat finanziert, muss für alle kostenfrei und unbeschränkt zugänglich sein.</li> <li>- für freie, offene Lehr- &amp; Lernmaterialien (OER). Nationale und internationale OER-Projekte sind ein konkreter Weg, diese Vision in die Bildungsrealität zu übertragen</li> </ul>
<b>AfD</b>	<i>Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wettbewerb stärkende Wirtschaftspolitik soll Aufgabe der Mitgliedsstaaten sein</li> <li>- Abschaffung Zwangsgewerkschaft in Industrie- und Handelskammern und ähnlichen Standesvereinigungen als inakzeptable Marktzutrittsbarriere;</li> <li>- Erhalt der traditionellen Handwerker- und Ausbildung;</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge, mglist. heimatnah</li> <li>- faire Verteilung der entstehenden Kosten</li> <li>- gemeinsame Mindeststandards für Versorgung und Unterbringung Asylbewerber</li> <li>- Verkürzung Entscheidungsdauer über Asylantrag;</li> <li>- Recht auf Arbeit für Asylbewerber;</li> <li>- Bekämpfung von Schlepperbanden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gegen Aufnahme der Türkei</li> <li>- Ende der schleichenden Erweiterungen: strenge Aufnahmekriterien sowie Volksabstimmung in Deutschland als Voraussetzung, Assoziierungsabkommen als Alternative</li> <li>- für gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in die Gemeinschaft betreffenden Bereichen, sonst</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermöglichung der Rückkehr zu Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen</li> <li>- gegen politisch verordneten Erhöhung der Akademikerquote, stattdessen angemessenes Niveau und Verstärkung des universitären Lehrpersonals</li> <li>- Ausbau des ERASMUS-Programms;</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kein Mindestlohn / soziale Absicherung für Geringverdiener, sondern Einkommensbeihilfen &amp; Tarifautonomie &amp; Schutz vor Lohndumping.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Pro Niederlassungsfreiheit &amp; Arbeitnehmerfreizügigkeit;</li> <li>- keine leistungslosen Einkommen; Verhinderung von Scheinselbständigkeit zur Erlangung von Sozialleistungen;</li> <li>- Abschiebung &amp; Verhinderung Wiedereinreise krimineller EU-Bürger;</li> <li>- Leistungen wie ALG II nur Zuwanderer, die selbst oder deren Eltern Steuern, bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben;</li> <li>- Mittellose Zuwanderer müssen wieder ausreisen;</li> <li>- Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften nur nach hiesigen Bedarf; Verhinderung unkontrollierter Zuwanderung in die EU-Staaten durch Kontrolle der EU-Außengrenzen</li> <li>- Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild.</li> </ul>	<p>Orientierung an nationalen Interessen;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- für besondere Beziehungen zu Russland;</li> <li>- Nato als Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur anstelle eines europäischen Verteidigungsminister bzw. einer europäischen Armee;</li> <li>- gegen jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten</li> <li>- gegen EU-USA-Freihandelsabkommen, da Verwässerung des Verbraucher- &amp; Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, Sozialstandards und der Kulturpolitik;</li> </ul>	<p>Förderung Mobilität von jungen Menschen aller Bildungsniveaus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Export des deutschen dualen Ausbildungssystem auf andere Länder;</li> <li>- Verbesserung der Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungsabschlüsse.</li> </ul>
--	--	--	---	--	--

	Demokratie & Bürgerbeteiligung	Finanzen & Handel	Energie, Umwelt & Landwirtschaft	Ordnung & Sicherheit	Quellen
<b>CDU</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kulturhoheit der Mitgliedsstaaten und Regionen</li> <li>- Unterstützung von Projekten im Rahmen der Begegnungskultur, des Jugendaustausches, Bürgerbegegnungen bei Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von zivilgesellschaftl. Organisationen</li> <li>- Europ. Bürgerinitiative als Instrument der politischen Teilhabe</li> <li>- Deutsch als meistgesprochene Muttersprache in der EU weiter stärken (Gleichbehandlung in europ. Behörden mit Französisch und Engl.)</li> <li>- Schutz nationaler Minderheiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Am ESF-Fond festhalten</li> <li>- Hilfe zur Selbsthilfe</li> <li>- Bankenunion</li> <li>- Keine Schuldenvergemeinschaftung (keine Eurobonds und Schuldentilgungsfonds)</li> <li>- Festhalten am EURO</li> <li>- Unabhängige Europ. Zentralbank</li> <li>- Stärkere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik der Euroländer</li> <li>- Keine Transferunion</li> <li>- Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung</li> <li>- Effizientere Strafverfolgung bei grenzüberschreitenden Finanzdelikten (durch Schaffung einer Europ. Staatsanwaltschaft EstA)</li> <li>- Handelshemmnisse im Rahmen einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft abbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsame Agrarpolitik</li> <li>- Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten beim Ausbaugentechnisch veränderter Pflanzensorten</li> <li>- Schutz der Kulturlandschaft</li> <li>- Schutz regionaler Ursprungsbezeichnungen von Nahrungsmitteln</li> <li>- Bekämpfung des Klimawandels</li> <li>- Reform des Emissionshandels</li> <li>- EU-Verbraucherpolitik weiterentwickeln</li> <li>- Verbot des Klonens von Tieren zur Lebensmittelherstellung und Import geklonter Tieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Europ. Datenschutzgrundverordnung und Reform des europ. Datenschutzrechtes</li> <li>- Speicherung von Daten zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung</li> <li>- Netzsicherheit erhöhen</li> <li>- Vertrauensvolle Zusammenarbeit zw. Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten</li> <li>- Grenzkontrollen ohne Anlass zulassen im Schengen-Raum zulassen</li> <li>- Elektron. Verfahren der Reisegenehmigung</li> <li>- Europ. Ein- und Ausreiseregister aufbauen</li> <li>- Besondere Aufmerksamkeit bei grenznaher Kriminalität</li> <li>- Zsarb. zwischen Justiz und Zoll zwischen den Mitgliedsstaaten stärken</li> </ul>	<p><a href="https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf">https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf</a></p>
<b>SPD</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Starke Betonung Subsidiarität: Städte, Kommunen &amp; Regionen sollen größeres Gewicht bekommen v.a. bei Fragen der Daseinsvorsorge</li> <li>- Reduzierung europäischer Bürokratie: Bürokratie-Check für Gesetze</li> <li>- Stärkerer Schutz von Minderheiten</li> <li>- Reform EU-Kommission zu echter Regierung &amp; Stärkung EU-Parlament</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grenzüberschreitende Regulierung Banken und Rating-Agenturen</li> <li>- Abwicklungsfond für die systemrelevanten grenzüberschreitenden Banken</li> <li>- Spekulationssteuer</li> <li>- Investitionen statt reinen Sparzielen</li> <li>- Ende innereuropäischen Wettbewerbs um Niedrigsteuern für Unternehmen: Gemeinsame Bemessungsgrundlage</li> <li>- Euro als Währung stärken</li> <li>- Ausbau Handelsbeziehungen unter Beachtung rechtsstaatlicher, sozialer und ökologischer Standards</li> <li>- Steueroasen trocken legen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau erneuerbare Energien und Steigerung Energieeffizienz;</li> <li>- Reaktivierung Emissionshandel, verbindliche Festlegung auf Reduktion Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40%.</li> <li>- Intelligente europäische Industriepolitik, die auf Innovation und Wachstumspotentiale in den Leitmärkten setzt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung einer ambitionierten digitalen Agenda als Schlüsselaufgabe</li> <li>- Stärkung des europäischen Regimes des Datenschutzes: Keine Weitergabe personenbezogener Daten ohne hohe Anforderungen</li> </ul>	<p><a href="https://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf">https://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf</a></p>

<p><b>GRÜNE</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen auf allen Entscheidungsebenen stärker beteiligen</li> <li>- freie Verfügbarkeit und Nutzung öffentlicher Daten (Open Data).</li> <li>- schrittweise Einführung europaweiter Listen bei Wahl zum Europaparlament</li> <li>- Bündel von Maßnahmen für mehr Transparenz und weniger Lobbyeinfluss (Transparenzregister, Begrenzung von Partei- und Wahlkampfspenden u.a.)</li> <li>- Initiativrecht für Europäisches Parlament für Gesetze, volle Beteiligung an Gesetzgebung in allen Politikbereichen</li> <li>- Bessere Vernetzung der nationalen Parlamente</li> <li>- Schaffung eines demokratisch legitimierten europ. Konvents zur Überarbeitung der europäischen Verträge</li> <li>- Mehr dezentrale Entscheidungen von unten &amp; Ausbau Subsidiaritätskontrolle</li> <li>- Mehr Gestaltungsspielraum für Kommunen bei Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge (bspw. Wasserversorgung)</li> <li>- Stärkere Beteiligung Frauen über Gender-Budgeting im EU-Haushalt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundlegende Reform Finanzmärkte</li> <li>- Investitionen statt rigiden Sparkursen</li> <li>- Einführung Transaktionssteuer</li> <li>- Strukturreformen bzgl. Banken- und Steuersystemen in Empfängerländern der EU-Rettungsschirme jedoch mit sozialer Abfederung</li> <li>- Schaffung eines Altschuldentilgungsfonds</li> <li>- Umfassendes Programm gegen Steuerdumping zwischen Mitgliedern sowie zur Erhöhung der Transparenz; Ziel in gemeinsamer europäischer Steuerpolitik</li> <li>- Gemeinsame europ. Bankenunion, Trennbankensystem sowie harte Schuldenbremse für Banken</li> <li>- Regulierung Rating-Agenturen und Schaffung einer unabhängigen Agentur</li> <li>- Größere Möglichkeiten zu Eigenanteil EU an EU-Haushalt</li> <li>- verbindliche sozial-ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzungen bei Handelsabkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Europa ohne Atom-, Kohleenergie und Fracking, stattdessen erneuerbare Energien und Energieeffizienz (bspw. über steuerliche Anreize &amp; Innovation)</li> <li>- Keine Subventionen für Atom und Kohle</li> <li>- Emissionsminderung um mindestens 30 Prozent bis 2020</li> <li>- Grundlegende Reform Emissionshandel mit Mindestpreis für Emissionszertifikate &amp; Einbezug Flugverkehr &amp; Schifffahrt: Emissionen müssten teurer werden</li> <li>- Förderung solidarischer Ökonomie durch unabhängige Kontrollen</li> <li>- Gegen Gentechnik &amp; Antibiotika</li> <li>- Knüpfen von Agrarzahungen an ökologische und soziale Leistungen, Förderung Tier- und Artenschutz</li> <li>- Für eine Agrarpolitik ein, die auch die Partnerländer im Blick hat: bspw. EU-Exportsubventionen abschaffen und keine Dumpingpreise bei Lebensmitteln, die Märkte in Entwicklungsländern ruinieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bekämpfung Wirtschaftskriminalität</li> <li>- einheitlicher EU-Datenschutz zur Stärkung der Rechte der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung;</li> <li>- Durchsetzung hoher int. Standards</li> <li>- Frühwarnsystem für Schutz Grundrechte &amp; Aufbau Sanktionssystem</li> <li>- einheitlichen Mindeststandards im Strafverfahren, v.a. hinsichtlich Gerichtskostenhilfe und Untersuchungshaft</li> <li>- dezentrale Kooperation der nationalen Polizeiagenturen, die durch die Agenturen Europol und Eurojust koordiniert und kofinanziert werden soll</li> <li>- Ende des Drogenkriegs, Regulierung statt Kriminalisierung</li> <li>- Gegen europäische „Sicherheitsforschung“ zur Ausspähung und Festigung der „Festung Europa“</li> </ul>	<p><a href="http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf">http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf</a></p>
<p><b>FDP</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Demokratieförderung mit Expertise deutscher politischer Stiftungen</li> <li>- Europäische Einigung durch politische Union schaffen</li> <li>- EU als dezentraler Bundesstaat mit einer Europäischen Verfassung</li> <li>- Transparente Institutionen</li> <li>- Europaweite Volksabstimmungen</li> <li>- Konvents Methode: Beteiligung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene</li> <li>- Europäisches Parlament als Vollparlament mit Initiativrecht</li> <li>- Wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen demokratisch legitimieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt</li> <li>- Starke Rolle der Kommission bei der Überwachung der Finanzen in den Mitgliedsstaaten</li> <li>- EU-Mitgliedsstaaten sollen Budgethoheit behalten</li> <li>- Etablierung einer No-Bail-Out-Klausel</li> <li>- Ablehnung der Staatsfinanzierung durch die EZB</li> <li>- Keine überregulierten Märkte</li> <li>- EU-Mitgliedsstaaten müssen Schulden-tragfähigkeit selbst sicherstellen</li> <li>- Möglichkeit einer Staateninsolvenz innerhalb der Eurozone</li> <li>- Austritte aus Eurozone ermöglichen</li> <li>- Ablehnung einer europaweiten Harmonisierung von Steuersätzen</li> <li>- Ausarbeitung von Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismen für existenzgefährdete Banken</li> <li>- Rekapitalisierung von Banken durch den jeweiligen Staat</li> <li>- Ablehnung einer einheitlichen Einlagensicherung</li> <li>- Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer</li> <li>- Struktur- und Kohäsionsfonds sollen Investitionsreize schaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reform des Erneuerbaren Energiegesetzes</li> <li>- Effiziente Vernetzung vorhandener Ressourcen wie: Wind, Wasser, Sonne</li> <li>- Mindestnormen für die Zulassung der Gasfördertechnik Fracking</li> <li>- Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen</li> <li>- Handel mit Emissionsrechten als zentrales Instrument</li> <li>- Ablehnung einseitiger Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konsequenter Schutz geistigen Eigentums</li> <li>- Förderung gezielter Erforschung von Datenschutztechnologien und – infrastruktur</li> <li>- Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern verringern</li> <li>- Ablehnung Vorratsdatenspeicherung</li> <li>- Ablehnung des geplanten europäischen Grenzregisters</li> <li>- Forderung der Verbindung eines Freihandelsabkommens mit einem Datenschutzabkommen zwischen der EU und den USA</li> <li>- Forderung eines europäischen Anti-Spy-Abkommens</li> </ul>	<p><a href="http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf">http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf</a></p>
<p><b>LINKE</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parlament sollte EU-Haushalt alleine beschließen</li> <li>- Gleichberechtigung des Parlaments</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gegen „Euro-Rettung“ und „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, stattdessen Abstimmung der nationalen Sozial-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Reisepass“ für Lebensmittel, Nachweis der Produktions- und Transportwege; außerdem regionale Vermarktung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klare Gewaltenteilung von Polizei, Geheimdienst und Militär zur Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit</li> </ul>	<p><a href="http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014_deutsch/">http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014_deutsch/</a></p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gegenüber Europäischem Rat, eigenes Initiativrecht für Gesetze</li> <li>- Ausbau der dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung</li> <li>- Etablierung von Volksentscheiden über konkrete EU-Politik wie Änderung EU-Verträge</li> <li>- Etablierung Konvent für Weiterentwicklung von demokratischen Strukturen</li> <li>- Kenntlichmachung der Beteiligung von Interessenverbänden, Unternehmen und privaten Akteuren bei Rechtssetzung; Einführung Lobbyregister</li> <li>- Stärkung der Rechte zivilgesellschaftlicher Akteure auf europäischer Ebene (Rechte in Parlament &amp; anderen Institutionen, finanzielle Unterstützung)</li> <li>- Stärkung der Kommunen und Regionen in der EU, v.a. bei Themen der öffentlichen Daseinsvorsorge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschafts- und Steuerpolitiken zur Verhinderung Dumping-Konkurrenz</li> <li>- Statt Sozialkürzungen stärkere Besteuerung Reicher</li> <li>- Vergesellschaftung von Großbanken, strenge Regulierung Bankensystem, Beteiligung Banken und private Gläubiger an Schulden</li> <li>- Europ. Mechanismus zum Ausgleich von Handelsungleichgewichtung in Eurozone</li> <li>- Finanz-TÜV vor Einführung von Finanzprodukten</li> <li>- Schaffung einer öffentlichen europäischen Rating-Agentur</li> <li>- verstärkter Kampf gegen Steuerflucht</li> <li>- Einführung Finanztransaktionssteuer</li> <li>- Ausgleich zwischen Mitgliedern durch Sanktionierung dauerhafter Exportüberschüsse sowie Ausgleichsfonds</li> <li>- Rücknahme von EU-Verordnungen, die zu Privatisierungen v.a. von öffentlichen Dienstleistungen führen</li> <li>- EU-weit koordiniertes Investitionsprogramm, ausgerichtet an gesellschaftlichem Bedarf und nicht am Profit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung energieeffizienter Technologien, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie, Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien</li> <li>- Ordnungsrechtliche Eingriffe in die Energiewirtschaft anstelle Emissionshandel</li> <li>- Umbau der gemeinsamen Agrarpolitik, so dass soziale und ökologische Standards in der ganzen EU umgesetzt werden</li> <li>- Keine Gentechnik sowie Patente auf Pflanzen</li> <li>- Schluss mit Agrarexport-Subventionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entkriminalisierung, Prävention, Hilfe und Schadensminderung in Drogenpolitik statt Verboten und Repression</li> <li>- Abschaffung von Geheimdiensten</li> <li>- Stärkung der Datenschutzbeauftragten</li> <li>- Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern</li> <li>- Beschränkung der Sammlung und Speicherung von Daten</li> <li>- Gesetzliche Festschreibung von Netzneutralität</li> </ul>	<p><a href="http://europawahlprogramm2014_langfassung.pdf">europawahlprogramm2014_langfassung.pdf</a></p>
<b>PIRATEN</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bürger sollen in EU-weiten Abstimmungen direkt über die europäische Gesetzgebung entscheiden können: Eigene Initiativen &amp; Stoppen von Gesetzen</li> <li>- Ausbau der Initiativ- und Beschlussrechte des Europäischen Parlaments als parlamentarischer Gesetzgeber der EU</li> <li>- Gesetzgebung in der EU transparenter machen und Einflussnahme auf politische Entscheidungen offenlegen</li> <li>- Stärkeres Haushaltsrecht des EU-Parlaments: alleinige Hoheit statt nur Mitbestimmungsrecht</li> <li>- Direktdemokratische Bürgerbeteiligung verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Transparenz und demokratische Kontrolle des ESM (Europ. Stabilitätsmechanismus)</li> <li>- Mehr Transparenz der Vergabe öffentlicher Aufträge</li> <li>- Beschränkung Aktivitäten Banken auf Kreditvergabe an Realwirtschaft, keine Finanzspekulationen oder Finanzinvestitionen</li> <li>- Bankenregulierung, die Schieflagen durch scharfe Eigenkapitalvorschriften vermeidet. Eigentümer und Gläubiger müssen in Krisen an den Verlusten beteiligt werden. Auch echte Insolvenzen bzw. Abwicklungen müssen möglich sein.</li> <li>- Mehr Kooperation statt Steuerwettbewerb zwischen Mitgliedsländern</li> <li>- Aufbau- und Investitionsprogramm ("Marshall-Plan 2.0"), um das wirt. Gleichgewicht in der Eurozone wiederherzustellen</li> <li>- Strenge Regulierung für Handelsabkommen (bspw. soziale &amp; ökolog.sowie demokr. &amp; rechtstaatl. Standards)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik.</li> <li>- Künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz</li> <li>- Ablehnung der Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln und deren Schutz durch Patente lehnen wir ab.</li> <li>- Dezentrale Versorgungs- und Netzstrukturen in der Energiepolitik; Transparenz in Preisgestaltung und Erzeugungsstrukturen</li> <li>- Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe, Ausbau von erneuerbaren Energien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Bewegungsfreiheit statt Grenzkontrollen</li> <li>- Solidarität statt Abschottung, wenn sich Sicherheitslage in einem Mitgliedsstaat verschlechtert</li> <li>- Stärkung der Transparenz staatlichen Handelns und Abbau von Überwachung</li> <li>- Weltweite Verankerung des Prinzips der Netzneutralität</li> <li>- europaweit einheitliches Datenschutzrecht, dass der Datensparsamkeit und informationellen Selbstbestimmung Vorrang gibt</li> <li>- Exzessive Überwachung aufheben (Vorratsdatenspeicherung, biometrische Merkmale, Übermittlung von Fluggastdaten u.a.)</li> <li>- Grundrechts-TÜV</li> <li>- Aufklärung statt Krieg gegen die Drogen, Schaffung von legalen Bezugsmöglichkeiten</li> </ul>	<p>Per Mail &amp; <a href="https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf">https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf</a></p>
<b>AfD</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- mehr direkte Demokratie und stärkere Beteiligung der Bürger</li> <li>- Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit.</li> <li>- wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe.</li> <li>- Für ein Bürgerveto in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Eurorettungspolitik</li> <li>- Stärkung der Rolle Deutschlands entsprechend Einwohnerzahl &amp; ökonomischen Gewicht</li> <li>- Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild</li> <li>- Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssen abgewickelt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte</li> <li>- Förderung Forschung und Entwicklung von innovativen Technologien</li> <li>- Reduzierung Abhängigkeit Deutschlands von importierten Energieträgern</li> <li>- Keine Subventionierung der Energieerzeugung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- anlasslose oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen, bspw. die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung.</li> <li>- Die Effektivität staatlicher Überwachung zur Verhinderung schwerer Straftaten muss transparent bewiesen werden.</li> <li>- Schutz gegen Datenspionage jeder Art</li> </ul>	<p>Per Mail &amp; <a href="https://wiki.piratenpartei.de/Europawahl_2014/Wahlprogramm">https://wiki.piratenpartei.de/Europawahl_2014/Wahlprogramm</a></p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eindämmung des überbordenden Lobbyismus</li> </ul>	<p>werden. Deshalb ist sicherzustellen, dass ihr Zusammenbruch das Finanzsystem nicht gefährdet</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- geplanter und geordneter Ausstieg aus dem Euroraum sowie Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone, stattdessen demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen Binnenmarkt,</li> <li>- Drastische Reduzierung der Ausgaben der EU u.a. durch Beendigung des doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und in Straßburg sowie Reduzierung Anzahl EU-Kommissare, Halbierung der Anzahl der EU-Beamten</li> <li>- Keine Sanktionierung von Handelsbilanzüberschüssen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- EU-Qualitätsstandards in der Landwirtschaft dürfen nicht zu Protektionismus führen.</li> <li>- Reduzierung Umweltbelastung durch Tierproduktion durch ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz</li> <li>- stärkere Vernetzung landwirtschaftlich genutzter Böden mit naturbelassenen Fläche</li> <li>- Gegen jede Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte durch die EU: Anbau muss Entscheidung der Mitgliedsstaaten sein</li> <li>- alte Landsorten sollen auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung gehandelt und angebaut werden</li> <li>- Verringerung Exportsubventionen &amp; schrittweiser Abbau Außenhandelsschutz</li> </ul>	<p>und digitale Aggression</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf alle Bestrebungen, den Bargeldverkehr abzuschaffen und durch ausschließlich elektronische Bezahlsysteme zu ersetzen, ist zu verzichten.</li> <li>- Verschärfte Haftungsregelungen für Firmen, falls dort ein fahrlässiger Verlust personenbezogener Kundendaten eingetreten ist.</li> </ul>	
--	---	--	--	---	--